

18. Wahlperiode

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einflussmöglichkeiten auf Intensivtierhaltung nutzen und vorantreiben

In Deutschland führt die gegenwärtige Form der landwirtschaftlichen Tierhaltung zunehmend zu Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung. Neben ethischen Bedenken befürchten viele Bürgerinnen und Bürger, dass durch die Intensivtierhaltung gesundheitliche Gefahren beim Fleischverzehr entstehen. Bürgerinnen und Bürger, die unmittelbar von der Ansiedlung großer Tierhaltungsanlagen und den von ihnen ausgehenden Emissionen (Feinstäube, multiresistente Keime) betroffen sind, engagieren sich zudem vehement gegen deren Bau. Auch die Folgewirkungen der Intensivtierhaltung, wie z. B. landwirtschaftliche Monokulturen und Klimawirkungen, geraten zunehmend in den Fokus von Kritik.

Das Agrarland Niedersachsen ist in einzelnen Regionen besonders betroffen. Durch die unmittelbare Nähe zum Bundesland Bremen können sich negative Einflüsse der Intensivtierhaltung auch auf die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven lebender Bürgerinnen und Bürger auswirken. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Planung und Genehmigung grenznaher neuer Anlagen der Intensivtierhaltung wäre daher ebenso wünschenswert

Durch die Novellierung des Baugesetzbuches ist es gelungen, den Steuerungseinfluss auf Intensivtierhaltung zu verbessern. Die Kommunen erhalten unter anderem wirksame und effektive planungsrechtliche Möglichkeiten, um den Bau großer gewerblicher Intensivtierhaltungsanlagen stärker zu steuern und den weiteren Zubau bei Bedarf auszuschließen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die im Zuge der Novellierung des Baugesetzbuches erreichte Verbesserung kommunaler Einflussmöglichkeiten auf die planerische Steuerung bei Errichtung und Ausbau von Intensivtierhaltungsanlagen, stellt aber zugleich fest, dass Handlungsbedarf besteht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die Ansiedlung und Überprüfung von Intensivtierhaltungsanlagen in die Gemeinsame Landesplanung (GLP) Bremen/Niedersachsen einzubeziehen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Steuerungsmöglichkeiten von Intensivtierhaltung fortzusetzen und sich auf Bundesebene insbesondere
 - a. für eine Entkopplung der Verschreibung und des Verkaufs von Medikamenten durch dieselbe Tierärztin / denselben Tierarzt in der Tierhaltung einzusetzen und
 - b. dafür einzusetzen, dass alle Privilegien im Baurecht für Anlagen der Intensivtierhaltung abgeschafft werden.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich bei der öffentlichen Beschaffung von tierischen Produkten dafür einzusetzen, einen möglichst hohen Anteil nicht aus Intensivtierhaltung zu beziehen und diesen Anteil kontinuierlich zu steigern.

Wolfgang Jägers, Sarah Ryglewski, Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Jan Saffe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN